

Alexander Boguslawski

„Unterm Strich zähl ich“

**Anmerkungen zur Degeneration der demokratischen
Kultur**

Januar 2017

„Unterm Strich zähl ich“ Anmerkungen zur Degeneration der demokratischen Kultur

Von Alexander Boguslawski

Teil 1: Bürger und Staat – ein zerrüttetes Verhältnis

Bei vielen Menschen in Deutschland ist ein großes Misstrauen gegen „*den Staat*“, seine Rechtsprechung, seine Organe und Vertreter sowie gegen andere am öffentlichen Leben Beteiligte herangewachsen, das sich in einer Ablehnung politischer Beteiligung, in hasserfüllten Äußerungen, in einem – wie zuletzt – dramatisch hohen Protestwahlverhalten, schlimmstenfalls auch in Gewalttätigkeit gegenüber Andersdenkenden ausdrückt. Einerseits wird allgemein konzediert, dass man mit der deutschen Flüchtlingspolitik nicht einverstanden sein muss, man kann jede beliebige politische Zielsetzung einer Regierung oder Verwaltung kritisieren, man kann der Meinung sein, öffentliches Geld werde für die falschen Projekte ausgegeben. Kritik an Parteien, Personen, Ämtern, Entscheidungen, Unzufriedenheit mit *den Zuständen* muss artikuliert und daraufhin offen diskutiert werden. Andererseits sind die Wohlmeinenden im Lande jedoch erschrocken darüber, dass die Diskussionen immer seltener auf die „*übliche*“ Art und Weise ablaufen, um im friedlichen Streit unter politischen Gegnern etwas Konstruktives zu erreichen, sondern dass die meist nie ausformulierte, sondern konvulsivisch hervorgestoßene Kritik darin gipfelt, das gesamte politische „*System*“ von Institutionen und Werten zu negieren und seine Vertreter an den

Pranger zu stellen. Persönliche Angriffe („*Volksverräter*“), kollektive Verunglimpfungen („*Lügenpresse*“), Herabwürdigungen von gesellschaftlichen Minderheiten/Randgruppen (Ausländer, Behinderte, Schwule) sind an der Tagesordnung. Schmähungen, Hass und Verdächtigungen prägen die öffentliche Auseinandersetzung.

Wie konnte es dazu kommen? Können die Leute nichts mehr anfangen mit der Demokratie, ihren Institutionen und Regeln, können sie sich mit der Demokratie einfach nicht identifizieren? Gilt der „*demokratische Diskurs*“ landläufig nur noch als ein Muster ohne Wert, nur noch als eine Form, in der „*alles tot geredet*“ wird und „*nichts dabei herauskommt*“? Oder passt dieses ganze Staatswesen nicht mehr in unsere Zeit? Wird von demokratischen Regierungen zu viel verlangt: Lösungen für unlösbare Probleme? Und verlieren sie aufgrund der vermeintlich nicht abgelieferten Leistungen ihre Legitimation in der Bevölkerung?

In den letzten Jahren ist vieles gesagt und geschrieben worden, das eine möglichst konsistente Erklärung für die Entwicklungen in unserer Gesellschaft und anderen „*westlichen*“ Gesellschaftssystemen geben sollte. Die Feststellung der auseinander gehende *Arm-Reich-Schere* zielt auf die materielle Grundlage einer gesellschaftlichen Spaltung von Gewinnern und Verlierern einer Weltgesellschaft unter permanentem Konkurrenzdruck. Ob arm oder reich, im Hamsterrad des kapitalistischen Räderwerks sei jeder nur auf seine individuellen Überlebenschancen bedacht, Solidarität als Haltung und Organisationsprinzip schein keine erfolgsversprechende Option mehr darzustellen. Die Chancenlosigkeit wird *dem System* angelastet, das Vertrauen in Gerechtigkeit gehe dahin.

Mit der Debatte um den „*Verlust von Werten*“ soll eine geistige Krise konstatiert und beschrieben werden, der im Wesentlichen ein Verzicht auf jedweden Glauben an Gott und Gesellschaft – und an die Aufklärung – zugrunde läge. Breiten Raum nimmt in der Diskussion immer wieder die

Wirkung einer hypernervösen Medienwelt auf die Psyche der Menschen ein, die trotz aller souveränen, eigenen Beteiligung am globalen sozialen Austausch ein Gefühl der Undurchschaubarkeit und Hilflosigkeit hinterlasse.

Als Sammelbegriff ist oft vom „*übersteigerten Anspruchsdenken*“ der Bürgerinnen und Bürger die Rede, von einer *gesamtgesellschaftlichen Infantilisierung*, wo das Habenwollen, die Empörung und das Beleidigtsein zu den gängigen Ausdrucksmitteln in jeder Auseinandersetzung zählten. Zu allem Übel wird noch besorgt auf die Allgegenwart von Gewalt als Konfliktlösungsmöglichkeit hingewiesen, die mediale Vervielfältigung und Hoffierung von Gewalt in Filmen und Spielen, die einen Gewinn und zumindest einen Ausweg jenseits der Sprache in Aussicht stellten.

Die Degeneration der demokratischen Kultur ist mittlerweile ein Problem in vielen westlichen Gesellschaften geworden, in fataler Kombination mit einer deutlichen Hinwendung zu nationalistischen Politikentwürfen und angefeuert durch die aktuellen Herausforderungen bei der Integration von Flüchtlingen aus anderen Kulturkreisen. Die Vielzahl von Facetten und Einflüssen sind im Moment noch schwer in einen stringenten Zusammenhang zu bringen, weshalb alle Erklärungsversuche zur Zeit oft assoziativ, anekdotisch, auf jeden Fall aber unzureichend erscheinen. Den folgenden Zeilen wird dieser Vorwurf zu recht nicht erspart bleiben. Um Hilfe bei der weiteren Ausformulierung der schwierigen Gegenwartsdiagnose und der Therapie wird schon vorab ausdrücklich gebeten.

„Ich bin doch nicht blöd“ – Die Kommerzialisierung in Politik und Gesellschaft

Um an der Oberfläche zu beginnen, seien einige Beobachtungen aus dem Alltag des politischen Lebens vorangestellt. Die Stichworte lauten „*Kommerzialisierung*“, „*Individualisierung*“ und „*Infantilisierung*“.

Die Ehrfurcht vor dem Staat und seinen Repräsentanten, die Ergebenheit der Untertanen vor der Obrigkeit ist längst dem Bewusstsein einer aufgeklärten

Staatsbürgerschaft gewichen. Das Fahنشwingen und Hurraschreien ist so gut wie verschwunden, an ihre Stelle trat ein rationaleres Staatsverständnis, das die Zustimmung zum System daran bemisst, was es für Wohlstand und Sicherheit seiner Bürger leistet. Die Anerkennung der Leistung des Staates wird im Laufe der letzten Jahrzehnte von den Bürgern allerdings immer zurückhaltender ausgesprochen, einen Vertrauensvorschuss geben anscheinend nur noch wenige dem Staat und seinen „*Staatsdienern*“, deren Image für viele auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Von den emotionalen Höhen bedingungsloser Vaterlandsliebe ist das landläufige Staatsverständnis auf dem Niveau einer Geschäftsbeziehung gelandet, die man je nach Zufriedenheit auf einer Skala von 1 bis 10 besser oder schlechter bewertet.

Seit geraumer Zeit spricht man von unserer Gesellschaft als einer „*Marktgesellschaft*“. Seit die westliche Welt in Frieden und wachsendem Wohlstand lebt, sind der private Konsum, der Konsument und die Mechanismen der Bedarfsweckung und –Deckung zu Säulen der Systemstabilität geworden. Alles ist zu haben, alles ist verhandelbar, alle Wünsche können erfüllt werden, alles hat seinen Preis, alles muss raus, damit die Lager neu aufgefüllt werden können, damit der Laden läuft. Der Konsumkapitalismus und seine aufdringliche Ideologie haben bereits alle Lebensbereiche erfasst. Nicht nur die Warenwelt unterliegt der Totalkommerzialisierung, das Konsumentenken hat längst unsere Beziehung zu Dienstleistungen, Kultur und Staat kolonisiert. Gesellschaftliche Beziehungen beruhen auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Wenn ich für etwas bezahle, habe ich einen Anspruch darauf, umgekehrt zahle ich nur für das, was ich auch in Anspruch nehme. Oder anders gesagt: Wenn ich von einer Dienstleistung (einer staatlichen Maßnahme) einen Nutzen habe, dann bin ich auch bereit, eine Gegenleistung zu erbringen.

Die Konsumgesellschaft hat uns darin bestätigt, dass unsere Wünsche zählen, dass alles nur auf unsere Wünsche ausgerichtet ist. Das heißt, wir können nach Belieben unsere Wünsche (wenn sie nicht nur ganz privater Natur sind sondern als Wünsche einer *Zielgruppe* geltend gemacht werden können) vorbringen –

und sie werden erfüllt. Unsere Ansprüche tragen wir also auch auf den „*Markt der Politik*“ und verlangen, dass ihnen Genüge getan wird.

„*Wofür zahl ich schließlich Steuern?*“

oder

„*Sie werden doch von meinen Steuergeldern bezahlt, Herr Bürgermeister*“

Damit wird letztlich auch die Politik zu einem Geschäft mit dem Bürger: Ich zahle und wähle Euch, und dafür seid Ihr für meine Interessen da. Gibst Du mir, gebe ich Dir, eine Hand wäscht die andere, quid pro quo. Die Verwaltungen nehmen die Rolle an: Sie bieten im Rathaus oder im Bürgerbüro „*Produkte*“ an statt „*Verordnungen*“ oder „*Angelegenheiten*“, sie wollen etwas leisten für das Geld der Bürger. Die Parteien ihrerseits rechnen aus, was sie ins Programm nehmen müssen, um die meisten Wählerstimmen dafür zu ergattern. Ökonomie halt. Die „*Bürgerkunden*“ wollen ihr Geschäft mit der Politik machen – und doch wird die „*Käuflichkeit*“ der Politik bei passenden Anlässen als die schlimmste aller Sünden gebrandmarkt. Wenn einmal ruchbar wird, dass alles bereits im Vorfeld ausgehandelt war (wenn *andere* etwas ausgehandelt haben), dann zahlen die Bürger der Politik ihre vermeintliche Käuflichkeit mit Aggression, Abstinenz und Verdrossenheit heim. Aber wehe, wenn einmal nicht das gemacht wird, was *ich* will!

Wenn Gesellschaft und Politik wie ein Markt funktionieren (sollen), dann lässt der Anspruch rationaler Entscheidungsfindung nicht lange auf sich warten. In der Ökonomie ginge alles ganz rational zu, heißt es. Wir Konsumenten seien ohnehin sehr darauf bedacht, uns immer ausschließlich rational für das eine oder andere zu entscheiden. PS-starke Autos werden gekauft, weil sie Sicherheit beim Überholen bieten, Parteien werden gewählt, weil sie ein schlüssiges Wahlprogramm formuliert haben. Obwohl längst der Lächerlichkeit preisgegeben, wird die Souveränität des Käufers und Wählers stets demonstrativ hochgehalten. Keiner würde je zugeben, sich von emotionaler Werbung beeinflussen zu lassen, und jeder weiß aber, dass es genau so funktioniert. Weiterhin wird aber dem „*mündigen Bürger*“ reichlich Honig ums Maul geschmiert: „*Unsere Wähler haben sich nicht von der*

emotionalen Kampagne der Anderen hinters Licht führen lassen, sondern haben rein rational nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden.“ Der Wähler denkt sich währenddessen insgeheim, dass er am Ende diejenigen wählen wird, die ihm am meisten versprechen und nicht die, die ihm am meisten abverlangen. *„Ich bin doch nicht blöd!“*

Den Anforderungen des Marktes können sich die Parteien deswegen nicht entziehen, ihre Programme entwickeln sich nolens volens stark nachfrageorientiert. Nach vorne „ins Regal“ rücken die jeweils aktuell nachgefragten Saisonthemen, jene Politikbereiche, die jeder anbieten will, schon allein, um der Konkurrenz nicht das Geschäft zu überlassen. In Wahlkampfzeiten werden die Parteiprogramme dann entsprechend konsumentengerecht aufbereitet: Wie Produkte in einer Testzeitschrift werden sie verglichen und bewertet. Versehen mit einem grünen Plus und einem roten Minus stehen sie in einer Tabelle, sortiert nach Politikfeldern, für das wahlbereite Publikum *angerichtet* wie auf einem Buffet. Für Argumente, Zusammenhänge und Begründungen reicht der Platz nicht. Pro&Contra, Hartaberfair heißt die Devise. Das Paradigma der Kommerzialisierung wird also von beiden *Geschäftspartnern* akzeptiert, beide Seiten verhalten sich *marktkonform*.

In keinem Geschäft geht es ohne kleine oder große Betrügereien ab. Auch die Bürger tricksen gern in ihrem *Geschäft mit dem Staat*. Den Sinn von Steuern sehen viele nicht ein (wollen ihn nicht einsehen), aber öffentliche Leistungen werden immer schnell und lautstark gefordert. Welches Verständnis von Gemeinwohl und Staat herrscht wohl bei denjenigen vor, die abends im Bett die neueste Ausgabe von „1000 ganz legale Steuertricks“ studieren und sich tags darauf bei der Ortsverwaltung beschweren, dass die Schlaglöcher vor dem Haus nicht aufgefüllt wurden und kein Geld für eine individuelle Kinderbetreuung vorhanden ist? Man trickst diejenigen aus, von denen man kostspielige Leistungen verlangt. *„Meine Steuern kriegst Du nicht, aber wehe du lieferst nicht, was ich bestellt habe!“* Im Vergleich dazu ist ja der neue amerikanische Präsident ehrlicher, der sich brüstet, clever genug zu sein, dem Staat keine Steuern abzuführen, der aber auf der anderen Seite von seinem

Staat auch nicht verlangt, dass er sich um Krankenvorsorge, Armenhilfe oder anderes kümmere. Soll doch jeder selbst schauen, wo er bleibt. Keine Steuern zu entrichten, aber von Staat auch nichts erwarten, ist – so grotesk es klingen mag – am Ende ehrlicher als nichts beizutragen aber hohe Ansprüche anmelden.

„Unterm Strich zähl ich“. Die Individualisierung als Maßstab

Die Individualisierung als Begriff für eine Veränderung des Bewusstseins und für die Verortung der Menschen in unserer Gesellschaft ist seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfach beschrieben worden, unter anderem 1986 von Ulrich Beck. Verkürzt und bezogen auf die Konsumgesellschaft lässt sich der Begriff schnell anschaulich machen:

Von der Krebstherapie bis zum *Coffee-to-go* gilt „*Individualisierung*“ als Schlüsselwort und Erfolgsrezept. Waren früher „*Cremes für jeden Hauttyp*“ noch ein bloßer Werbeslogan, so haben es neue Methoden der genetischen Forschung tatsächlich möglich gemacht, personalisierte Therapien zu entwickeln, die genau auf individuelle Krankheitsbilder zugeschnitten werden können. Softwaremodule für jede individuelle PC-Anwendung sind längst Standardangebote, für jedes Privatinteresse gab es bisher *special interest* Magazine, heute gibt es *Apps* für alle Lebenslagen. Maßgeschneiderte Anzüge waren einmal etwas Einzigartiges – und haben den Begriff geprägt, heute gibt es so gut wie nichts mehr, was nicht als maßgeschneiderte Lösung erhältlich wäre, vom Auto über die häusliche Mediathek bis zum Versicherungsvertrag. Dem Wunsch nach individuellen Lebensverläufen tragen Arbeitgeber mit flexiblen Zeitverträgen Rechnung. Wurden „*Sonderwünsche*“ früher als „*überzogen*“ brüsk abgelehnt, gelten sie heute als legitime Forderungen nach einer eigenen Lebensgestaltung.

Was Wunder, dass individuelle Wünsche auch an öffentliche Verwaltungen, an Parteien und Gesetzgeber gerichtet werden. Für das Kind (beziehungsweise für die arbeitende Mutter) verlangt man von der städtischen Krippe passende Öffnungszeiten, von den Stadtwerken will man einen eigenen Tarif, damit man

auch den selbst erzeugten Strom wirtschaftlich nutzen kann. Vor dem eigenen Haus müssen genügend Parkplätze bereit gestellt werden, aber in der Nähe darf keine Unterbringung von Flüchtlingen entstehen. Dass solche Lösungen für *Einzelne* höhere Kosten für *alle* verursachen, wird geflissentlich verdrängt. In einer Zeit, in der man sich sein TV-Programm nach dem eigenen Geschmack zusammenstellen kann, müsse es doch auch statthaft sein, von einer Verwaltung die nötige Flexibilität für individuelle Angebote zu verlangen.

Der Bürgerkunde „*bucht*“ öffentliche Leistungen wie andere Services, er gibt sich immer seltener mit einem Standardangebot zufrieden, sondern will eine maßgeschneiderte Lösung. Das Stadtviertel, die Gemeinde, der Landkreis werden nicht mehr als Bürgergemeinschaften gesehen, sondern als Ansammlungen einzelner Bürger mit je eigenen Wünschen. „*Unterm Strich zähl ich*“. Als konsequenter letzten Schritt würde man „*die Politik*“ am liebsten in Regress nehmen, wenn Sonderwünsche nicht erfüllt werden und der Bürger private Nachteile in Kauf nehmen muss.

„*Wer zahlt mir für den Wertverlust meines Eigenheims, wenn morgen eine breite Straße davor gebaut wird?*“

oder

„*Jetzt bin ich extra hierher gezogen, habe viel Geld für das Grundstück bezahlt, und jetzt kommt hier ein Windrad/ein Flüchtlingsheim/ein Kindergarten hin*“.

Und wenn man auch am Ende nicht juristisch gegen den Staat und seine „*Gleichmacherei*“ vorgehen kann, dann zahlt man ihm die Missachtung individueller Wünsche durch Abstinenz und Protestwahlverhalten heim. Unterm Strich – wird man sagen müssen, dass das Lebensglück des Einzelnen zwar im Sinne der Menschenwürde ein hohes Schutzgut darstellt, dass ein Beharren auf Individualisierung als politischem Leitmotiv aber das Prinzip der Solidarität konterkariert.

Alles und zwar schnell. Die Infantilisierung der Gesellschaft

Die Totalkommerzialisierung macht nicht nur Kinder zu Konsumenten, sondern auch Konsumenten zu Kindern. „*Ich will alles, und es will es sofort*“. Nicht nur Kinder greifen spontan zu den günstig platzierten Überraschungseiern, auch Erwachsene lassen sich vom Talmi und Tinnef in den Regalen verführen. Fast Food, Artikel zum Mitnehmen, alles sofort, ich bin doch nicht blöd und warte länger als nötig. Das kindische Kaufverhalten hat seine Entsprechung im Informationsverhalten. Schnell und leicht verständlich will man informiert werden. Produkte mit großem Erklärungsbedarf werden nicht gern genommen, die Vorteile müssen kurz und knapp erkennbar sein. Wie im Supermarkt, so auch in der Politik. Nicht nur Kinder sind ungeduldig.

„Sagen Sie mir, was Ihre Küchenmaschine kann, dann kaufe ich sie vielleicht. Sagen Sie mir, was Ihre Partei gegen die Finanzkrise tun will, dann wähle ich sie vielleicht“.

oder

„Haben Sie Ihr Wahlprogramm auch in einer Kurzfassung“?

Das politische Informationsverhalten gleicht einem Schaufensterbummel. Nicht zufällig sind in Wahlkampfzeiten die Infotheken der Parteien in den Geschäftsstraßen wie Marktstände aufgereiht. Politik als Buffet. Man schlendert, schaut und probiert. Problematisch an dieser Sachlage ist, dass die Parteien und die Medien dieses Buffet bereitwillig bedienen. Schnell und unterhaltsam muss es nämlich auch in der politischen Werbung und in der Auseinandersetzung zugehen. Die Parteien reagieren, indem sie sich auf die Konsumgewohnheiten des Publikums einstellen und die Gesetze der Warenwerbung befolgen. Wer für den Fall eines Wahlsiegs sofortige Steuersenkungen verspricht, hat schon gewonnen. Wer für den gleichen Fall eine langfristige Verbesserung der Atemluft in Aussicht stellt, hat schon verloren. Erfolge, Produkte müssen sofort verfügbar sein und einen

unmittelbaren Nutzen versprechen, sonst zählen sie nicht. Nette *Give-aways* inbegriffen. „*Greifen Sie zu, wählen Sie uns*“.

Auch in der Sprache ist die beschriebene Verkindlichung zu beobachten. Gemeint ist nicht ein jeweils aktuelles Jugend-Idiom, dem man zuweilen eine Kreativität nicht absprechen kann. Gemeint sind Verhaltensmuster und dazu gehörige Sprachfloskeln, die anscheinend direkt vom Schulhof in die öffentliche politische Debatte Einzug gefunden haben. Als stünden manche unter einem ständigen Rechtfertigungszwang und Verteidigungsstress heißt es in einer Diskussion bereits nach kurzem „*Ich bin nicht schuld, der andere hat angefangen. Ich habe mich nur gewehrt, der andere war viel böser, es ist ungerecht, mir alle Schuld zu geben.*“ Ob orientalischer Potentat oder westlicher Rechtspopulist, die Extremisten dieser Welt fühlen sich ungerecht angeklagt, die Terroristen und die Gesellschaftsspalter seien doch vielmehr die anderen. Die Durchschaubarkeit und Einfältigkeit, mit der solche Rechtfertigungen vorgebracht werden, lassen kaum einen anderen Schluss zu als den einer unterschwelligem Infantilisierung der politischen Auseinandersetzung.

Trotz, Beleidigtsein, Empörung. Zu den Denk- und Redemustern, die einem aufgeklärten Dialog im Wege stehen, gehört die „*post-faktische*“ (besser: anti-faktische) Emotionalisierung von gesellschaftlichen Zuständen und Ereignissen. Hat man vor Jahrhunderten unliebsame Menschen und Taten ohne genau hinzuschauen „*verteufelt*“, so wird heute jede Kleinigkeit sofort zum Skandal hochstilisiert. Zum Zwecke der Dramatisierung malte man im Mittelalter gern das drohende „*Fegefeuer*“ an die Wand; heute wird die diffuse Vorstellung vom „*Untergang des Abendlandes*“ (wahlweise „*Islamisierung des Abendlandes*“) aufgerufen, wenn man Menschen oder politische Entscheidungen ohne Prüfung von Fakten an den Pranger stellen will. Weil sich am Ende Skandale auch gut verkaufen lassen, geht die kindliche Lust am Aufbauschen eine unheilige Allianz mit dem Trend zur Kommerzialisierung ein.

Eine andere Mesalliance gehen die Infantilisierung und die Kommerzialisierung der politischen Debatte in der Einrichtung der Talkshow ein. In Talkshows wird einerseits der Lust an einer kindischen Auseinandersetzung (jeder unterbricht jeden, alle reden durcheinander, wie auf dem Schulhof) entsprochen, und zugleich wurde darin ein „Format“ gefunden, dass gute Einschaltquoten und damit wirtschaftlichen Erfolg garantiert. Die Aufnahmefähigkeit der Zuschauer, so sagen es die Medienberater, ist auf den Zeitraum zwischen Bier und Klo beschränkt. Jeder muss das wissen und berücksichtigen. Also gilt das Stakkato des Werbespots: Was nicht in 30 Sekunden gesagt ist, kommt nicht rüber. Denn dann kommt ein Schnitt, und das nächste Thema ist dran. Pointen am laufenden Band sind gefragt, es geht um den schnellen Punktgewinn beim Publikum und dass es nicht zu einem anderen Sender zappt. Politprofis bespielen dieses Format perfekt, *politische Debatte* ist dafür allerdings das völlig falsche Wort; es geht vielmehr um den wirkungsvollsten Treffer während eines kurzen Schlagabtauschs. Fünf zusammenhängende Sätze am Stück wären tödlich für das Medium, ein *Gedan-ken-gang* wäre schon vom Wort her etwas viel zu behäbiges. Vorbild ist die Schlagfertigkeit in einer Sitcom, nur kein ellenlanges Gelaber bitte. Perfekt ins Bild passt der neue amerikanische Präsident, der seine öffentliche Karriere der Hauptrolle in einer Reality-TV-Show verdankt.

Für einen demokratischen Diskurs ist keine Zeit. Die Wortgefechte folgen der publikumswirksamen Fernseh-dramaturgie. Wenn im Sekundentakt der Statements nicht bereits von alleine Aggressivität aufkommt, wird sie vom Moderator (oder Dompteur) geschürt. Das wollen die Leute schließlich sehen. Wenn schon kein Blut fließt, dann sollen wenigstens Verbalinjurien durch das Studio fliegen. Es ist wie Dschungelcamp in Nadelstreifen. Der angepasste Diskutant kalkuliert clever und weiß, dass er mit Aggressivität Aufmerksamkeit erzeugt. Gespielt wird das Unterhaltungsprogramm des post-modernen Politikbetriebs. Der treue Zuschauer aller möglichen Talkshows wird daraus auch einen Gewinn für sich selbst ziehen: Er lernt, wie er demnächst auf Bürgerversammlungen auftreten muss: laut, schnell und provokant eben. Es schließt sich ein Teufelskreis.

Direkte Demokratie – ein Missverständnis?

Seit vielen Jahren gibt es in unserem Land nicht nur einen Trend zu mehr direkter Bürgerbeteiligung in der Politik, sondern auch mehr offizielle Wege, die dafür geebnet werden. Das grundsätzlich repräsentative System, das eigentlich nur die allgemeinen Wahlen als Bürgerbeteiligung vorsah, wird mehr und mehr durch plebiszitäre Elemente ergänzt. Dabei gehört es von vornherein zu den Grundrechten, dass Bürgerinnen und Bürgern Kritik an politischen Entscheidungen und deren Umsetzung, Kritik an politischen Programmen und auch Kritik an persönlichem Verhalten im öffentlichen Raum üben. Orte und Gelegenheiten für Kritik sind in unserem Land zahlreich gegeben: Neben Wahlen Bürgerentscheide, Versammlungen aller Art, Meinungsäußerungen in Medien, Mitarbeit in Gremien, Ehrenämter, Mandate, Sprechstunden der Parteien und vieles mehr. Darüber hinaus solle die Bürgerschaft in Zukunft – so fordern es viele und diesen Forderungen wird verstärkt nachgekommen – noch mehr Möglichkeiten als heute angeboten bekommen, ihre Meinung und Kritik – auch entscheidungswirksam – zu artikulieren. Die Entwicklung geht also vom verbrieften Recht der freien Meinungsäußerung hin zur konkreten Beteiligung der Bevölkerung an der Planung, Vorbereitung und Durchführung politischer Maßnahmen.

Missverständnisse entstehen dann, wenn das Grundprinzip der Repräsentationsdemokratie (die gewählten Vertreter entscheiden) aus den Angeln gehoben werden soll. Sehr problematisch ist auch die Ansicht, „*das Volk*“ solle *überall* direkt mitentscheiden dürfen, beim Bau einer Straße ebenso wie in der Außenpolitik oder bei Verfassungsfragen. Auch dem glühendsten Verfechter direkter Demokratie muss es kalt den Rücken herunter laufen, wenn er sieht, wie die „*Volkswut*“ in der Türkei vom Präsidenten für eine Wiedereinführung der Todesstrafe instrumentalisiert wird.

Ungeklärt ist bei der Bürgerbeteiligung auch noch die Gewichtung von „Gehörtwerden“ auf der einen und „Erhörtwerden“ auf der anderen Seite der Waagschale. Gelte fortan das Prinzip, dass geschehen soll, was die Mehrheit will, aber nicht das, was die Minderheit braucht, hätte direkte Bürgerbeteiligung allerdings nicht mehr viel mit Demokratie als einem Weg hin zum Gemeinwohl zu tun.

Die genannten Probleme sind nicht allein theoretischer Natur. Aktuell gibt es eine Reihe fragwürdiger Auslegungen der Bürgerbeteiligung. Im Sinne des oben beschriebenen Anspruchsdenkens lautet die Antwort ungefähr so:

„Wenn ich als Bürger schon gefragt werde, dann gehe ich davon aus, dass es so gemacht wird, wie ich will. Wenn die da oben eh nur machen, was sie wollen, dann brauchen sie mich gar nicht erst fragen. Sie haben zur Bürgerbeteiligung eingeladen – also hier bin ich, und jetzt sage ich, wie ich es haben will...“

Der verbürgte Meinungspluralismus verkommt im politischen Alltag der offenen Gesellschaft leicht zur egoistischen Selbstdarstellung, beflügelt von der Gewissheit, über Nacht tausende vermeintlich Gleichgesinnte in einem sozialen Netzwerk zusammenrufen zu können. Wer am lautesten schreit, setzt sich durch. Allein die Machbarkeit dieser wundersamen Meinungsmultiplikation verursacht ein Kribbeln in den Fingern. Social Media gefallen Erwachsenen und Kindern gleichermaßen. Aber ist das dann bereits der „demokratische Diskurs“? Gesetzgeber und Wahlvolk werden noch eine Weile darüber diskutieren müssen: Stelle ich in der Bürgerbeteiligung *alles* zur Wahl? „*Wollt Ihr Schokolade oder Vanille?*“ Das wäre das Buffet-Prinzip. Aber wie gewährleiste ich dann ein Mindestmaß an Professionalität bei der Entscheidungsfindung? Wenn der Konsument sagt, er will sein Auto in blau und mit Navi, dann bekommt er es genau so; wenn er von der Stadtverwaltung verlangt, vor seinem Haus solle Halteverbot gelten und es darf kein Baum gefällt werden, liegt der Fall eventuell anders.

Im Kern geht es darum, dass eine pluralistische Demokratie nicht dadurch definiert ist, dass alle das bekommen, was sie wollen, dass also das Gemeinwohl nicht lediglich in der Summe aller (aller) Gruppenegoismen besteht. Die Antwort – um es vorweg zu nehmen – kann nur darin liegen, dass wir uns von Neuem über den Begriff des „*Gemeinwohls*“ verständigen und die Bürger darin unterstützen müssen, gemeinwohlorientiert, solidarisch und sachlich an Kompromissen mitzuwirken. Wir müssen darauf zurück kommen.

Wie entsteht der Hass auf die verfasste Gesellschaft?

Die Physiognomie einer aufgewühlten Gesellschaft gibt einige Aufschlüsse über ihren inneren Zustand. Die in der Konsumwelt gelernten Verhaltensweisen, die Verführungskraft der neuen Medien, die Ästhetik der Reality Shows, die zum postmodernen Idiom hochstilisierte Abschaffung der Sprache bleiben dennoch Oberflächenphänomene, bestenfalls beschreiben sie Katalysatoren und Multiplikatoren einer aggressiver werdenden Abwendung von der solidarischen Gesellschaft. Die tiefer liegenden Ursachen und Hintergründe werden damit aber noch nicht offen gelegt.

Spätestens nach der US-Präsidentenwahl wird es nicht mehr möglich sein, sozialen Abstieg und Hoffnungslosigkeit von Millionen von Menschen in den „*westlichen*“ Gesellschaften aus der Analyse der gegenwärtigen Gesellschafts- und Staatsverdrossenheit herauszulassen. Das Stadt-Land-Gefälle ebenso wie die Kluft zwischen denjenigen Gesellschaftsschichten, die direkt an der innovationsgetriebenen Fortentwicklung der Weltgesellschaft 4.0 beteiligt sind, und denjenigen, die als neues „*Dienstleistungsproletariat*“ die Drecksarbeit erledigen müssen, also das Gefälle zwischen Hoch- und Niedrigqualifizierten, wird die Diskussion der nächsten Jahre bestimmen. Der Hass der Absteiger auf die Eliten scheint keiner weiteren Erklärung zu bedürfen, schon gar nicht, solange die Kluft größer wird.

Und doch bleibt etwas, das man hilfsweise das „*deutsche Paradoxon*“ nennen könnte. Auf dem Hintergrund einer allgemein guten wirtschaftlichen Lage des Landes, einer rückläufigen Arbeitslosigkeit, eines funktionierenden Renten-

und Sozialsystems, gegebener Rechtstaatlichkeit und öffentlicher Sicherheit verwundert es doppelt und dreifach, warum weite Teile der Bevölkerung diesem Staatswesen demonstrativ den Rücken kehren. Menschen, denen es nach eigenem Bekunden heute eher besser geht als früher, die noch nie Opfer irgendeines Verbrechens geworden sind, in deren Nachbarschaft es keine Flüchtlinge gibt, protestieren gegen Überfremdung, steigende Kriminalität und die eigene Chancenlosigkeit. Diese paradoxe Ausgangslage einer gefühlten wenn auch nicht materiellen Betroffenheit gibt auf jeden Fall Grund genug, nach den Ursachen für die Abwendung von der Gesellschaft zu fragen.

Wenn die Ursachen für die grassierende Gesellschaftsabwendung nicht in materieller Not liegen, nicht von den Mägen ausgehen, werden wir vielleicht mit mehr Aussicht auf Erfolg nach den Ursachen in den Köpfen suchen. Zumal die Wutbürger und Rechtspopulisten ja nicht nach höheren Löhnen rufen, nicht nach mehr Schulen und besserer Krankenversicherung, sondern die „*Rettung des Abendlandes*“ fordern, überall Verrat wittern und geistige und steinerne Mauern um unser Land ziehen wollen. Aber warum? Vorläufig formuliert sind die „*Kränkungen der modernen Welt*“ die Ursache.

Ein Gefühl unserer Zeit ist die **Undurchschaubarkeit der Welt**. Unsere Welt wird immer „*kleiner*“, immer mehr Menschen leben auf enger werdendem Raum, die Endlichkeit lebenswichtiger Ressourcen wird immer evidenter. Wie man existenzielle Probleme lösen könnte, wird immer unklarer. Die Welt wird globaler, komplexer, mehr noch: komplizierter, es ist keine Ordnung zu erkennen. Die Zyklen von Veränderung und Wissensverlust werden immer kürzer, das Unverständnis nimmt zu, immer hecheln wir den erlösenden Antworten hinterher. Sogenannte Experten überschütten uns mit sich widersprechenden Gutachten. Wenn die Verarbeitung von Millionen Informationen zu einer Beurteilung nicht mehr gelingt, rekurren die Menschen zum Glauben, und diesen Glauben über die Zusammenhänge in der Welt behalten sie, weil er langlebiger ist als ein kurzlebiges Wissen, weil er vermeintlich mehr Sicherheit gibt.

Außerdem wird die Welt immer interdependent. Gegenseitige Abhängigkeit kann eine Basis für Verständigung und Kooperation sein, sie kann aber auch zu Abgrenzung und Misstrauen führen, wenn die Menschen glauben: „*einige sind interdependent als andere*“. Was undurchschaubar ist und sich nicht erklären lässt, erzeugt **Angst**. Als man nicht wusste, was ein Gewitter ist, hatte man Angst davor. Was man nicht kennt, macht Angst. In Dresden kennt man den Islam nicht aus eigener Anschauung und hat deshalb Angst vor ihm. Das sind die *alten* Ängste: die aus Nichtwissen entstehen. (Es gibt *moderne* Ängste, die Angst nämlich vor dem, das man kennt, zum Beispiel die Risiken der Atomkraft) Die Angst vor den Anderen, vor Überfremdung, ist typischerweise eine *alte* Angst, der die Aufklärung fehlt. Man glaubt lieber denen, die es zu wissen vorgeben, als sich selbst ein Bild zu machen, den eigenen Verstand zu bemühen. Mehr noch: man sucht nur noch nach Meinungsäußerungen, die die eigenen Vorurteile bestätigen.

Auf die Undurchschaubarkeit und die Angst folgt die **Ohnmacht**. Das Gefühl der Ohnmacht ist erstens die Spiegelung einer vermeintlichen Orientierungslosigkeit in der öffentlichen Diskussion: Die einen sagen so, die anderen behaupten das Gegenteil, ein Experte plädiert für die eine Richtung, tags darauf behauptet ein anderer das Gegenteil. Was im positiven Sinne als Streitgespräch gedacht ist, wird als Hilflosigkeit der Verantwortlichen missverstanden. „*Da oben weiß ja auch keiner, wie das Problem zu lösen ist*“. In Betracht zu ziehen, dass es Probleme auf der Welt gibt, die wir eventuell nie werden lösen, sondern nur *palliativ* behandeln können, fällt darüber hinaus besonders schwer. Aber anstatt die Vielschichtigkeit der modernen Welt zu akzeptieren (und damit auch ein Stückweit die Begrenztheit des eigenen Verstehens), wird es oft als Ausweg aus der Ohnmacht gesehen, die Komplexität, die uns umgibt, auf simple Ursache-Wirkung-Zusammenhänge reduzieren. Was dabei heraus kommt, sind plumpe Schuldzuweisungen, die sich populistische Parteien schnell zueigen und zum Programm machen: Die Ausländer nehmen den eigenen Leuten die Arbeitsplätze weg, der Umweltschutz bremst das Wirtschaftswachstum etc.pp.

Die gefühlte Ohnmacht der Einzelnen gegenüber den großen gesellschaftlichen Problemen (Migration, Umweltzerstörung, Wohlstandsgefälle) wird zweitens den politischen Systemen angelastet. „*Die Politik*“ habe selbst auch keine Lösungen und sie lasse das Volk zu wenig oder überhaupt nicht mitreden. Die Verheißungen der Demokratie sind vielerorts (noch) nicht erfüllt worden. Der Anspruch ist da, aber die realen Machtstrukturen würden die Mitsprache verhindern. „*Die da oben machen ja eh, was sie wollen*“. Wahlen würden mit demokratischen Versprechen gewonnen, die Ankündigungen von Mitsprache würden danach aber schnell wieder kassiert.

Die Ohnmacht speist sich drittens aus fehlenden Lebensperspektiven, sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Die Spaltung in Arm und Reich vertieft und verfestigt sich global, das ist eine Frage der Prävalenz, nicht der Propaganda. Eine soziale Mobilität ist für viele – Menschen und Länder – subjektiv und objektiv nicht gegeben. Es herrscht Abstiegsangst – sofern es noch weiter nach unten gehen kann.

Wo diese Elemente (Undurchschaubarkeit, Angst, Glaube, fehlende Perspektive und Ohnmacht) zusammen kommen, entsteht sehr schnell **Hass**. Das ist in allen Randbezirken dieser Welt gleich, ob in Detroit, in den Pariser Vororten, in Rostock oder Lagos, bei Moslems oder Christen, bei Schwarzen oder Weißen.

Wer alle genannten Kränkungen erlebt hat oder sich alle möglichen Kränkungen auch nur ausmalt, hat sprichwörtlich „*nichts mehr zu verlieren*“. Bei Amokläufern in Schulen ist das nicht anders als bei Sprenggürtel-Attentätern und Asylheimanzündern. Dann bleibt als letztes die Gewalt als Mittel der Wahl.

Wir leben in einer Welt voller **Gewalt**. Noch nie wurde so viel Gewalt medial auf der Welt verbreitet. Notabene: Auch virtuelle Gewalt auf Bildschirmen ist real, nämlich in den Köpfen. Die Ubiquität von Gewalt, ja gerade ihre harmlose Verpackung in Spiele, verschafft eine willkommene Rechtfertigung, Gewalt zu akzeptieren. Gewalttäter lassen sich schließlich als Helden oder

Märtyrer feiern, sie kleiden sich in muscle shirts und Springerstiefel wie die Helden aus Actionfilmen. Sie marschieren stolz durch die Städte, die sie erobert haben, ob in Schwerin oder in Aleppo, und sonnen sich in der globalen Aufmerksamkeit. Hinzu kommt die Gewalt in der Alltagssprache, die jede Gewaltausübung vorbereitet. Gleichviel ob offen oder versteckt werden Andersdenkende mitleidig belächelt, wenn sie keine Ruhe geben, mit Spott bedacht und im weiteren gemobbt, ausgegrenzt oder bedroht. Einige führt das in die Depression, und andere werden gewalttätig. In den jeweiligen Subkulturen finden sie ihr Zuhause.

Teil 2: Das Lied der Demokratie

Unbeschadet der bereits als notwendig genannten Auseinandersetzung mit den Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung bleibt die Aufgabe bestehen, für das Modell der „*offenen Gesellschaft*“ als unserer selbst gewählten Form des demokratischen Zusammenlebens zu werben und es in den Köpfen zu verankern.

Ein konservativer Reflex auf die düstere Gegenwartsdiagnose würde lauten: Wir müssen die alten Werte wieder neu beleben, die politische Bildung verstärken, die gute alte Sozialkunde an den Schulen wieder einführen, wir müssen im *PISA-Demokratietest* wieder besser abschneiden. Aber in einer aufgeheizten Zeit wie dieser ist Belehrung womöglich kein erfolgversprechender Weg, der Zeigefinger sollte besser unten bleiben. Heute wird weniger nach dem Einbläuen von Regeln gerufen als nach einem „*Narrativ*“, nach einer Identität stiftenden Erzählung, hinter der sich alle einreihen können. Aber welche „*Geschichte*“ von der Demokratie sollen wir den Menschen erzählen? Haben wir eine, eine überzeugende? Haben wir geeignete Vorbilder? Können wir ein Lied von unserer Demokratie singen, in dessen Melodie und Refrain alle einstimmen?

Nach einem Seitenblick auf die autoritären Regime in Europa, in Asien und anderswo sollte es leicht fallen, den Wert fundamentaler Errungenschaften

unserer demokratischen Gesellschaften neu einzuordnen und schätzen zu lernen. Meinungsfreiheit und Rechtssicherheit, zwei spröde Vokabeln, lassen sich in *dem* Moment mit Leben und Emotion füllen, wenn einen Nachrichten aus Ländern erreichen, in denen diese elementaren Rechte mit Füßen getreten werden. Mit zu erleben, wie junge Menschen von Staatswegen auf offener Straße zusammengeschlagen werden, sobald sie ein kritisches Plakat in die Höhe halten, anhören zu müssen, wie Richter mit dünner Stimme von ihrer Regierung vorformulierte Urteile verlesen, sollte einen leichten Herzens einstimmen lassen in das Lied von Meinungsfreiheit und Rechtssicherheit. Freie Journalisten und unabhängige Richter sind das Ergebnis eines politischen Kampfes, der mehrere hundert Jahre dauerte, und dessen Wert im Angesicht der grassierenden demokratiefeindlichen Restauration nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Im langen Lied vom „*Verfassungspatriotismus*“ (Habermas) wäre dies eine der ersten Strophen.

Ein anderer Vers würde vom demokratischen Umgang miteinander erzählen. In manchen Ohren mag das *gouvernantenhaft* klingen, aber der „*gute Ton*“ in der öffentlichen Auseinandersetzung, die Höflichkeit und der demokratische *Stil* gehören zum Regelwerk der Zivilgesellschaft, und zwar nicht als schmückendes Beiwerk, sondern als notwendiger Ausdruck von Respekt, Achtung, Augenhöhe und Fairness allen Mitmenschen gegenüber, seien sie Nachbarn, Amtsträger, Lehrer, politische Gegner, Journalisten, wer auch immer. Andere sollen so behandelt werden wie man selbst von anderen behandelt werden möchte. Und hier sind wir ganz nah beim Artikel 1 des Grundgesetzes, der von der Menschenwürde spricht.

Für die politische Auseinandersetzung und Meinungsbildung haben wir uns im Laufe der letzten Jahrzehnte auf Regeln und Verhaltensweisen verständigt, die zu einer Säule unserer *politischen Kultur* geworden sind. Das öffentliche Leben in unserer Gesellschaft, unserem Staat, beruht auf einem in vielen Jahrzehnten aufgebauten Fundament von Gesetzen, Institutionen, Verfahren und Werten, wozu auch Floskeln und Rituale gehören. Auch sie sind Ergebnisse einer langen Entwicklung, die von der Reformation über die Aufklärung bis zur Erklärung der Menschenrechte reicht. Die Bedeutung von

Umgangsformen hat Norbert Elias seinerzeit hervorgehoben, als er sie als Merkmale im „*Prozess der Zivilisation*“ beschrieb. Eine Verrohung der politischen Auseinandersetzung wäre mithin das Merkmal eines zivilisatorischen Rückschritts.

Damit das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft nach diesen Regeln funktioniert, braucht es Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur das Fundament akzeptieren und respektieren, sondern die sich auch dafür einsetzen, dass diese Regeln (von allen!) eingehalten und Missbräuche benannt und behandelt werden. Eine *Ahnenreihe* demokratischer Vorbilder zu besingen – zu der freilich auch lebende Beispiele gehören müssen – stünde unserer Demokratie gut an.

Demokratie braucht Zeit

Börsengeschäfte in Nanosekunden, Facetime-Chats mit Japan, Ampeln, die die verbleibende Zeit ihrer Grünphase im Sekundentakt anzeigen, Handy-Erreichbarkeit 24/7, kürzer werdende Warenlieferzeiten, deren Einhaltung man im Internet verfolgen kann. Während uns einige versprechen, das Warten habe ein Ende, es könne alles immer noch schneller gehen, während wir glücklich lächeln, wenn eine Internetseite nur eine Sekunde braucht, um sich aufzubauen, haben wir das Gefühl, die großen Probleme in Politik und Gesellschaft seien ewig da, träten immer wieder auf – und manche kämen nie zu einer Lösung. Haben wir ein neues Problem mit der Zeit?

Die Ungeduld der von der Servicewelt verwöhnten Bürger überträgt sich auf die Politik. So wie man Amazon die Hölle heiß macht, wenn das Wunschkpaket nicht binnen 24 Stunden geliefert wird, so schickt man Drohmails an die Stadtverwaltung, wenn eine Straßenbaustelle einen Tag länger dauert als geplant. Zu schweigen von den „*großen Baustellen*“. Wenn der Flüchtlingsstrom nicht binnen Wochen reguliert wird, wenn es Jahre dauert, bis der Ökostrom vom Meer in die Berge transportiert werden kann, wenn ein Gerichtsurteil „*eine Ewigkeit*“ in Anspruch nimmt, dann keimen schnell

Zweifel an der Effizienz der Verwaltung, an der Kompetenz der Politiker auf, dann wird das ganze System in Frage gestellt.

Über die Empörung angesichts des „*Schlendrians in den Amtsstuben*“ gehen die Gedanken selten hinaus, etwa zu einem Zusammenhang von Zeit und Qualität, Zeit und Gerechtigkeit, Zeit und Demokratie. Dass Gutes Zeit braucht, ist uns aus der teuren Warenwelt noch bekannt und gelitten, dass Gerechtigkeit Zeit braucht, wird weniger bis gar nicht akzeptiert. Die Steuererklärung auf einem Bierdeckel, der kurze Prozess für Ausländer, es könnte doch alles viel einfacher und schneller gehen. Dabei kann ein Blick über den nationalen Tellerrand hinaus leicht zeigen, dass nur die *Ungerechtigkeit* schnell geht, die Gerechtigkeit aber (manchmal viel) Zeit benötigt. Gerechtigkeit bedeutet abwägen, und es kann dauern, bis die Wagschalen ins Gleichgewicht gependelt sind. Sollte es auch. Schnell geht es, wenn man sich das Abwägen spart, wenn entweder von oben nach unten durchregiert wird, oder es keine legalen Wege gibt, eine vorschnelle Entscheidungsfindung zu verlangsamen.

Von hier ist es nur ein kleiner Schritt zur Erkenntnis, dass auch die Demokratie Zeit braucht, denn wo Politik schnell geht, herrscht meistens keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Regierungsbildungen, Verfassungsänderungen, Parlamentsdebatten über Krieg und Frieden, die schnell vonstatten gehen, finden immer in autoritären Regimes statt, nicht in Demokratien. Diskutieren ist zeitaufwendig – und das ist gut so.

Ungeduldigen Wutbürgern geht in der Regel alles zu langsam, weshalb sie die Parlamente als Quatschbuden beschimpfen und am liebsten den starken Mann an der Spitze sähen, der mit Entscheidungen nicht lange fackelt. Nicht lange fackeln heißt, nicht ewig abwägen, „*die Dinge nicht komplizierter machen als sie sind*“. Zeit sparen in der Politik soll danach also auch heißen, die Komplexität der Probleme (der Welt) wenn nicht negieren, so doch reduzieren, reduzieren auf einfache Zusammenhänge, am besten auf eindeutige Ursachen – oder Schuldige. Eine „*Reduktion von Komplexität*“ (Luhmann) ist immer wichtig, quasi als *Vorsortierung* der unendlich vielen Fakten und

Zusammenhänge, als ein nötiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Erkenntnis. Reduktion von Komplexität lediglich als Trick zu benutzen, um so schnell wie möglich zu einer simplen, nicht zu Ende gedachten Erklärung zu gelangen, ist der erste Schritt zur Demagogie.

Die Populisten und Fundamentalisten lieben stets das Schnelle, das Einfache, das „Reine“. In „*Der Name der Rose*“ von Umberto Eco sagt der alte Mönch, das Reine mache ihm Angst. Der Novize fragt nach: „*Was schreckt Euch am meisten an der Reinheit?*“, worauf der Alte sagt: „*Die Eile*“.

Gegen die schnelle Suche nach einfachen Antworten steht das „*Aushalten von Komplexität*“, ja selbst die Anerkennung der Schwierigkeit, komplexe Probleme womöglich nie endgültig lösen zu können. 250 Jahre Aufklärung in Europa und der Gebrauch des Verstandes sollten uns zumindest eines gelehrt haben: „*wie man sich an unklare Verhältnisse und unruhige Zeiten gewöhnen kann*“*. Die „*offene Gesellschaft*“ von Karl Popper beschreibt auf jeden Fall keinen Endzustand, sondern eine immerwährende Aufgabe.

* So lautet der letzte Satz in Steffen Martus, Aufklärung. Das deutsche 18. Jahrhundert, Berlin 2015

Also ja, wir haben ein Zeitproblem, wir geben der Demokratie nicht die Zeit, die sie braucht, um gerechte Entscheidungen zumindest anzustreben. Und wir haben das Problem, dass die *terrible simplificateurs* (Burckhardt) dieser Welt uns einfache Lösungen vorgaukeln, nur um im Rattenrennen der medialen Aufmerksamkeit den ersten Punkt machen zu können. Gebt der Demokratie die Zeit, die sie braucht, sollte eine andere Strophe des Liedes heißen.

Rechte und Pflichten

Auch das klingt auf Anhieb wie eine langweilige Schulstunde im Sozialkundeunterricht: Wir reden über Rechte und Pflichten. Gewiss geht es

dort, wo Rechte und Pflichten, die in Gesetzen beschrieben sind, von allen eingehalten werden, ruhig, wenn nicht langweilig zu. Aufreibender, aber auch gefährlich und tödlich geht es dagegen überall dort zu, wo es keine verbrieften Bürgerrechte gibt und wo sich keiner an eingeforderte Pflichten hält. Grund genug, sich an die Grundrechte aus dem deutschen Grundgesetz zu erinnern und in der Spiegelung mit rechtlosen Gesellschaften ihre Bedeutung neu zu überdenken. Menschenwürde, freie Meinungsäußerung, Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubensfreiheit, Asylrecht, Versammlungsfreiheit, Briefgeheimnis, Freizügigkeit, Schutz des Eigentums und anders heißen diese *Langweiler*, für deren Einforderung Menschen anderswo verfolgt und getötet werden. (Das Anderswo sind nicht selten die „*Urlaubsparadiese*“ derer, die zuhause kein gutes Haar am eigenen Rechtssystem, den Parlamenten und den Medien lassen)

„*Grundpflichten*“ gibt es bei uns nur wenige, sie sind in einem demokratischen Staat prinzipiell nicht oder nur pauschal vorgeschrieben, weil das im Grunde eine Bevormundung der Staatsbürger wäre. Verbindliche Bürgerpflichten gibt es nur in totalitären Staaten. Es versteht sich aber von selbst, dass eine Anerkennung von Grundrechten auch die Pflicht beinhaltet, der Gültigkeit dieser Grundrechte nicht entgegenzustehen. Wenn wir also zum Beispiel die Glaubensfreiheit für ein wichtiges Grundrecht halten, dann muss man auch die Religionsausübung anderer respektieren. Auch hierbei gilt: Andere müssen so behandelt werden, wie wir selbst behandelt werden wollen. Eine „*staatliche Gängelung*“ der Bürger – wie sie Populisten gern behaupten – lässt sich aus dem Grundgesetz schwerlich ableiten.

Anekdotisch kann man das *Gegenteil* von staatlicher Gängelung sehr plastisch darstellen: Unsere Verwaltungsgerichte erlebten eine Zeit, als Studenten massenhaft gegen Zulassungsbeschränkungen an Universitäten aufgrund eines Numerus Clausus klagten. Jeder Student hatte das Recht, gegen eine verwehrte Universitätszulassung und damit „*gegen den Staat*“ zu klagen. Damit die Hürde dafür so klein wie möglich sein konnte, genügte es, auf den negativen Zulassungsbescheid handschriftlich „*Klage*“ zu schreiben und ihn formlos

beim Verwaltungsgericht in den Briefkasten zu werfen. Das Recht, gegen den Staat zu klagen, wäre eine weitere Strophe im Lied von der Demokratie wert.

Protestieren – um noch eines herauszugreifen – ist in unserem Land nicht nur ein verbrieftes Grundrecht, es ist auch ein Motor der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn der Protest aber nicht zu realistischen Lösungen kommen, sondern lediglich eine Blockade von Politik herbeiführen will, dann bringt das unsere Gesellschaft nicht weiter. Ein „*Denkzettel*“, der nur auf die Verhinderung von Politik abzielt ohne selbst Vorschläge zu machen, bringt kurzfristig Aufmerksamkeit, geht langfristig aber ins Leere. „*Denkzettel-Wahlen*“ sind die mit den übelsten Ergebnissen, die materiell keine Fortschritte bringen. Anstatt nur den *Kropf zu leeren* über politische Missstände sollte man im Rahmen der vielfältigen Möglichkeiten seine bürgerschaftliche Kritik einbringen und an Lösungen mitarbeiten.

Noch einmal zurück zu den Staatsbürgerpflichten. Auch wenn eine Pflicht zur Einordnung in die staatliche Gemeinschaft nicht vorgeschrieben wird, so ist unser Staatswesen ohne eine solche freiwillige Treue zur demokratischen Verfassung nicht denkbar. „*Vertue*“ nannten es die frühen Franzosen und bezeichneten damit die Tugend aller Staatsbürger, ohne die ein freiheitlicher Rechtsstaat nicht denkbar wäre.

Gibt es ein „Gemeinwohl“?

Die politische Kultur, um die es bisher ging, beschreibt das demokratische Miteinander in einer freiheitlichen Gesellschaft. Von einem – gemeinsamen – *Ziel*, auf das sich alle Politik ausrichtet, war bisher nicht die Rede. Der durchaus schillernde Begriff des Gemeinwohls steht für ein solches „*Staatsziel*“. Auch wenn es nicht ausdrücklich im Grundgesetz steht, so ist doch das Gemeinwohl die prägende Denkfigur und ein bestimmender Wert, um den sich unser politisches Handeln dreht, der Maßstab für die Legitimation des Systems. Ein normativ-apriorischer Begriff ist Gemeinwohl in Deutschland

nicht, so etwas wie das „*Glück aller Bürger*“ als Staatsziel steht nirgends geschrieben. Eher herrscht das Verständnis, dass das Gemeinwohl etwas ist, was die staatlich verfasste Gesellschaft diskursiv anstrebt, was sich im Laufe der Zeit auch verändern kann, was aber immer das Ziel jedes Meinungsbildungsprozesses sein muss. Leichter als eine positiv-normative Begriffsbestimmung fällt die Definition ex negativo: Gemeinwohl ist nicht die Summe aller Einzelinteressen! Vielmehr stellt es eine eigene Größe dar, eine Leitlinie, an der sich das Staatswesen, seine Akteure und alle am gesellschaftlichen Leben Beteiligten ausrichten müssen. Was eine irgendwie zustande gekommene Mehrheit – oder gar die „*Macht des Stärkeren*“ – will, ist nicht automatisch gleichzusetzen mit dem Gemeinwohl. Aspekte der Menschenwürde, des Minderheitenschutzes, der Rechtmäßigkeit und andere Kautelen sind bei der Suche nach dem Gemeinwohl stets zu berücksichtigen.

Wichtig scheint in der heutigen Krise der Demokratie, dass man das Gemeinwohl nicht bloß als variable Größe in einer ökonomischen Rechnung betrachtet, wo sich das Gemeinwohl mal „*lohnt*“ und mal nicht „*lohnt*“ und dass man es nicht zum beliebigen Spielball in einem politischen Kräftemessen macht, wo am Ende der Sieger darüber bestimmt, was das Gemeinwohl zu sein habe. Vielmehr brauchen wir augenscheinlich eine Einstellung, worin das über alle Partikularinteressen hinausgehende Gemeinwohl auch in strittigen Auseinandersetzungen stets als Selbstverpflichtung aller Beteiligten gilt.

Das Fundament der Demokratie

Was braucht es also, um einer Abwärtsspirale unserer demokratischen Kultur entgegenzuwirken? Offenbar müssen wir uns einige grundlegende Prinzipien für eine funktionierende, nach Gerechtigkeit strebende Gesellschaft in Erinnerung zurückrufen, die wir bereits für Allgemeingut gehalten haben, von denen wir aber tagtäglich erfahren, dass ihnen eine achselzuckende Ignoranz beziehungsweise eine kaltschnäuzige Missachtung entgegen gebracht wird. Zurück auf Null also, fangen wir noch einmal neu an.

Der Sozialwissenschaftler Dieter Senghaas hat bereits in den 1990er Jahren ein Gerüst solcher Prinzipien beschrieben, welches er das „*zivilisatorische Hexagon*“ nannte. Weil dieses Sechseck seine Gültigkeit behalten hat und aus aktuellem Anlass sei es hier kurz rekapituliert und daraus zitiert.

1. *"Wesentlich für jeden Zivilisierungsprozess ist die Entprivatisierung der Gewalt bzw. die Herausbildung eines legitimen, in aller Regel **staatlichen Gewaltmonopols**, dem die einzelnen untergeordnet sind. Wo das Gewaltmonopol zusammenbricht, also die Wiederaufrüstung und Wiederbewaffnung der einzelnen Bürger eine Chance bekommen, kann es zu einer 'Renaissance von Bürgerkriegssituationen' kommen."* Dachte Senghaas hierbei noch an sich neu formierende Staaten, die einen Weg aus dem Chaos zur Ordnung suchen, so erfährt der Ruf nach einer Entprivatisierung der Gewalt auch im „*Westen*“ neue – und unverhoffte – Aktualität. Das staatliche Gewaltmonopol gehört zu den Grundlagen unserer Verfassung und besagt, dass nur wer von den Gesetzen dazu legitimiert ist, Gewalt gegen Menschen anwenden darf. Das ist in unserem Land die Polizei. Jeglicher Ruf nach „*Bürgerwehren*“, egal zu welchem Zweck, ist mit unseren Gesetzen und unserem Staatsverständnis nicht vereinbar. Niemand darf das Recht in die eigene Hand nehmen. Es wäre diese Zeilen nicht wert, wenn gegenläufige Absichten nicht überall auszumachen wären, in Europa, in Amerika, vom Rest der Welt ganz zu schweigen.

2. Damit in einem engen Zusammenhang steht die **Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit**: Jeder Bürger und jede Bürgerin hat das Recht, die Institutionen des Rechtsstaates für die legitime Durchsetzung eigener Interessen und die Lösung von Konflikten zu nutzen. *"Ein Gewaltmonopol, das nicht durch Rechtsstaatlichkeit eingehegt wird, wäre im Grenzfall nichts mehr als eine beschönigende Umschreibung von Diktatur. Soll demgegenüber das Gewaltmonopol als legitim akzeptiert werden, bedarf es der Institutionalisierung rechtsstaatlicher Prinzipien und öffentlicher demokratischer Kontrolle, auf deren Grundlage sich Konflikte in einem institutionellen Rahmen fair austragen lassen."*

3. Alle Mitglieder einer Gemeinschaft stehen in **gegenseitiger Abhängigkeit** zueinander. Nachhaltiger Friede ist nur möglich durch die Anerkennung von Unterschieden bei gleichzeitigem Gewaltverzicht. Der Einzelne lernt, seine Affekte zu kontrollieren und auf Gewalt zu verzichten.

4. „**Demokratische Partizipation** bedeutet die gleichberechtigte Einbeziehung möglichst aller Beteiligten in Prozesse der Entscheidungsfindung. Jegliche Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Klasse oder anderen Merkmalen untergräbt die politische Stabilität.“

5. Die Gesellschaft schützt ihre Mitglieder ausnahmslos vor Armut und Diskriminierung jeglicher Art und beschäftigt sich mit Fragen der **sozialen Gerechtigkeit**. *"In Gesellschaften mit einem erheblichen Politisierungspotential ist eine aktive Politik der Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, letztlich ergänzt um Maßnahmen der Bedürfnisgerechtigkeit (Sicherung der Grundbedürfnisse), unerlässlich, weil nur dann sich die Mehrzahl der Menschen in einem solchen politischen Rahmen fair behandelt fühlt."*

6. *"Gibt es in einer aufgegliederten, aber deshalb auch zerklüfteten Gesellschaft faire Chancen für die Artikulation und den Ausgleich von unterschiedlichen Interessen, kann unterstellt werden, dass ein solches Arrangement verlässlich verinnerlicht wird, eine Bereitschaft zur produktiven Auseinandersetzung mit Konflikten vorliegt und **kompromissorientierte Konfliktfähigkeit** einschließlich der hierfür erforderlichen Toleranz zu einer selbstverständlichen Orientierung politischen Handelns wird."* Vulgo: Man redet miteinander und schlägt sich nicht die Köpfe ein.

Kritikern mag es wie der Lerninhalt in einer Klippschule vorkommen: sechs Komponenten eines friedlichen Gesellschaftssystems, sechs Elemente einer demokratischen Ordnung, sechs einfache Regeln und Prinzipien – und doch scheinen wir heute in Europa weit entfernt von ihrer vollständigen Anerkennung. Ja, nicht einmal mit dem Wissen um diese Grundvoraussetzungen scheint es heutzutage weit her zu sein. Private

Bürgerwehren machen sich auf unseren Straßen breit, Gesetzen und Gerichten wird die Anerkennung versagt, das Gefühl aufeinander angewiesen zu sein und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit klingen in vielen Ohren wie romantische Utopien oder Wahlkampfesänge, in der Bürgerbeteiligung herrscht die Durchsetzungskraft der Stärkeren, anstelle einer kompromissfähigen Konfliktkultur erklingt die Erkennungsmelodie der post-demokratischen Gesellschaft: „*Unterm Strich zähl ich*“.

Nach der wohlgemeinten Empörung muss an Lösungen gedacht werden. Die Anerkennung solcher wie oben beschriebenen demokratischen Prinzipien fällt nicht vom Himmel, sie muss in Schritten erarbeitet werden. Wahrnehmung, Interesse, Information, Anerkennung, Zustimmung, Verinnerlichung, Teilnahme. Diese Begriffe mögen so etwas wie eine *Leiter zur demokratischen Kultur* markieren. Übersetzt könnten diese Treppenstufen ungefähr so beschrieben werden:

1. Ist man/fühlt man sich überhaupt als Teil einer Gesellschaft, ist man sich bewusst, dass man in **Interaktion** mit anderen steht, dass man auf einander angewiesen ist?
2. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage, ob einen Fragen der Gesellschaft interessieren, ob man **Interesse** am Zustand und an der Entwicklung der Gesellschaft (=Interesse an Politik) hat.
3. Auf der nächsten Stufe wäre man bereit, sich über diese Fragen (über Politik) zu informieren: sei es beiläufig oder aktiv.
4. Im positiven Fall führt die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Themen zu einer **Anerkennung** gesellschaftlicher Strukturen und Organisationen (was zunächst noch keine Identifikation und Wertschätzung sein muss)
5. Wieder eine Stufe höher käme die **Zustimmung** zu der gegebenen Verfasstheit einer Gesellschaft, man findet die Form der Demokratie, ihre Organe und Repräsentanten grundsätzlich gut. Hier (oder bereits auf der vorigen Stufe) folgt auch die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen.
6. Das nächste wäre eine affektive Komponente, eine persönliche **Hinwendung** zum System, die Bereitschaft, Gefühle zu investieren, sich

mit anderen darüber auszutauschen oder zum Beispiel andere davon zu überzeugen

7. Bis man schließlich zu dem Schluss für sich selbst kommt, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben **beteiligen** zu wollen, aktive Rollen einzunehmen, zu kandidieren etc.

Damit eine demokratische Gesellschaft funktioniert, müssen nicht alle Bürgerinnen und Bürger auf der obersten Stufe angekommen sein und sich freudig am politischen Leben engagieren. Andererseits wäre es undenkbar, ein demokratisches System am Leben zu erhalten, wenn die Bevölkerung über die ersten beiden Stufen noch nicht hinausgekommen ist, nicht einmal ein rudimentäres Interesse am öffentlichen Geschehen zeigt. Klar scheint aber eines zu sein: Je größer die Nähe einer Bevölkerung zu dem politischen System in ihrem Lande ist, desto mehr wird dieses System unterstützt, desto leichter kann es am Leben erhalten und weiterentwickelt werden.

So simpel oder auch banal das alles klingen mag, so ist es doch in diesen Zeiten der Politikverdrossenheit, ja der Politikverachtung angebracht zu fragen: Wo auf dieser Leiter stehen wir heute? Nicht überraschend ist der Befund, dass wir in Deutschland und in anderen europäischen Ländern Bevölkerungsgruppen auf *allen* Stufen der „*demokratischen Leiter*“ haben. Von gesellschaftlichen Aussteigern aller Art, die weder Staat noch Gesetze anerkennen, ihre Kinder nicht auf Schulen schicken, keine Steuern zahlen, finden wir bis zu hoch motivierten Demokraten, die gleich mehrere Aufgaben im ehrenamtlichen Bereich übernommen haben, das ganze Spektrum gesellschaftlicher Nähe und Ferne. Ohne hier empirische Befunde über die Identifikation von Bevölkerungen zu den jeweiligen Staatsformen präsentieren zu können, ist doch die Hypothese aufzustellen, ob wir nicht in den letzten zehn bis zwanzig Jahren eine verstärkte Polarisierung in diesem Spektrum ausmachen können, das heißt, ob neben den vielen *guten Staatsbürgern* nicht größer werdende Bevölkerungsgruppen speziell auf den *unteren Treppenstufen* zu finden sind. Oder um es im sportlichen Jargon zu sagen: Erleben wir gerade einen *Abstieg* großer Bevölkerungsteile aus der *demokratischen Liga*?

Die sich verbreitende Rhetorik rechtspopulistischer Vereinigungen (in vielen Ländern), die radikale Abwendung von etablierten Parteien, begleitet von verbalen und physischen Attacken gegen politische Akteure, die Verweigerung eines ausgewogenen Informationsverhaltens, die Verunglimpfung von Justiz und Polizei, die steigenden Stimmenanteile für rechtspopulistische Parteien, all das ist das Gegenteil einer Anerkennung und positiven Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen staatlichen Ordnung – schon gar das Gegenteil von Identifikation.

Stolz auf die Demokratie?

Die Geschichte ist bald sechzig Jahre alt. Ende der 1950er Jahre zogen die beiden amerikanischen Sozialwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba von der Princeton University in die Welt hinaus und haben eine internationale Studie zur politischen Kultur durchgeführt, in der bereits sämtliche angesprochenen Fragen untersucht wurden. Ihr Ziel war, in den Wahlbevölkerungen von fünf Ländern (USA, Großbritannien, Deutschland, Italien und Mexiko) herauszufinden, welche Einstellungen zu Gesellschaft und Politik nötig sind, damit ein demokratisches System dauerhaft Bestand haben kann. Nota bene, Almond&Verba ging es in ihrem Buch „*The Civic Culture*“ um die Aussichten, wie nach den auch ideellen Verheerungen des zweiten Weltkriegs neue demokratische Gesellschaften in den Köpfen und Herzen der Menschen – beispielhaft in Deutschland und Italien – verankert werden könnten. Dass wir uns heute auf diese Studie zurück besinnen, um den Zustand gegenwärtiger Gesellschaften in Europa besser zu verstehen, lässt ahnen, wie besorgniserregend ein diesbezüglicher Vergleich nach fast 60 Jahren für diejenigen sein könnte, die der Geschichte gern eine anhaltend positive Dynamik unterstellen.

Schon der erste Befund lässt aufhorchen: Während in den USA 85% und im Vereinigten Königreich 46% der Befragten angaben, sie seien stolz auf ihr Regierungssystem, sagten das in Deutschland nur 7% (in Italien sogar nur 3%). Stolz waren die Deutschen in der Studie – mit 33-36% mehr als alle anderen – auf ihr Wirtschaftssystem und die Tugenden ihres Volkes. Neben diesen

„*Gefühlen*“ gaben die Deutschen zu Protokoll, dass sie sich in hohem Maße über Politik informieren und auch ihrer Wahlpflicht nachkommen. Die Zufriedenheit mit der Leistung der Regierung war durchaus hoch, nicht stark ausgeprägt war allerdings die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Der Familie und der Arbeit galt die Hinwendung, nicht so sehr gesellschaftlichen oder politischen Aktivitäten. Die beiden Autoren kommen 1960 in ihrem Fazit zu dem Schluss, dass sich in der politischen Kultur Deutschlands rund 15 Jahre nach dem 2. Weltkrieg sowohl der rasche wirtschaftliche Aufschwung als die traumatische Geschichte des Landes widerspiegeln. Dem sehr pragmatischen Zugang der Deutschen zu ihrer Demokratie fehle aber die gefühlbetonte Komponente, ein grundsätzliches Vertrauen zu dem System. Die fehlende „*Begeisterung*“ für ihre Demokratie könnte dann ein entscheidendes Defizit werden – so die unverhohlene Sorge – wenn der *Output*, die Gewährleistung allgemeinen Wohlstands einmal nicht mehr wie gewohnt geliefert werden könnte.

Aber die Analyse geht noch tiefer. Nur der *selbstbewusste* Staatsbürger (Männer und Frauen), so fanden Almond&Verba heraus, derjenige, der glaubt politische Zusammenhänge zu verstehen, glaubt, man könne in der Politik etwas für die „*normalen*“ Menschen erreichen, und derjenige, der bereit ist, sich selbst bei politischen Themen zu engagieren, nur der- oder diejenige wird das demokratische System aus Überzeugung unterstützen. Und noch eine andere Ebene betrachteten die beiden Sozialforscher: Die demokratische *Kultur* wird nur dort gelebt, wo sie im sozialen Alltag *eingeeübt* und weitergegeben wird. Wie in der Familie entschieden wird, was man am Arbeitsplatz zu sagen hat, wie man mit anderen im sozialen Umfeld umgeht, wie vertrauensvoll man mit ihnen sprechen kann, all das determiniert am Ende die Einstellung zu einer demokratisch verfassten Gesellschaft, macht aus den Menschen „*gute*“ oder „*schlechte*“ Staatsbürger. Diese Studie über die *basics* der demokratischen Kultur sollte dringend einmal aktualisiert werden.

Auch wenn man rund zwei Generationen später den Vergleich mit dem heutigen Zustand der politischen Kultur in Deutschland nicht überstrapazieren sollte, sticht der Befund ins Auge, dass es in Deutschland auch heute noch

keine Begeisterung für unsere demokratische Verfassung gibt. Kein Verfassungspatriotismus nirgendwo. Wichtiger noch, es scheint keinen *Kanon* zu geben, keine überzeugende Erzählung, die wir allen Unsicheren und allen offenen Feinden des Systems vortragen könnten: Ein Lied von Freiheit, sozialer Sicherheit, politischer Beteiligung, Rechtsstaatlichkeit und Bildungschancen. Das sollte kein Jubelgesang, kein verlogenes Propagandalied sein, aber ein ehrliches Bekenntnis zu einer Demokratie, die sich über mehrere Jahrhunderte entwickelt und im Vergleich zu allen anderen Staatsformen bewährt hat, und deren Prinzipien vom Tisch zu wischen nichts auch nur einen Deut besser, aber alles schlechter machen würde.

Von einer anderen Seite betrachtet lautet das Argument nämlich: Das allgemeine Wehklagen über den „*Verlust der Werte*“ und über die „*Bedrohung unserer Demokratie*“ durch den Rechtspopulismus bliebe ein folgenloser Jammergesang, wenn man ihm nicht ein souveränes Bekenntnis zum Werte- und Regelsystem des demokratischen Rechtsstaates entgegenhalten würde. Nur wenn die Demokraten selbst von ihrem System überzeugt sind und dieses Selbstbewusstsein auch nach außen zeigen können, werden sie andere überzeugen. Und dies nicht schulmeisterlich, humorlos und drohend, sondern mit der Gelassenheit aufgeklärter Demokraten, die sich ihrer Sache sicher sind und die mit Kritik souverän umgehen können.

Nachwort

Während diese Zeilen am Schreibtisch entstanden, drang jeden Tag aufs Neue eine dunkle Begleitmusik von außen herein. Ein weißer Chauvinist und Frauenfeind wurde zum US-Präsidenten gewählt, ein orientalischer Potentat sperrte tausende von Abgeordnete, Richter und Journalisten hinter Gitter, ein ausländerfeindlicher Mob regierte auf den Straßen europäischer Städte und zündete Flüchtlingsheime an, in Polen und Ungarn wollen sie auf demokratischem Weg die Demokratie abschaffen (!).

Die äußeren Umstände sind wohl dafür verantwortlich, dass mehr Pathos in die Sätze geraten ist als anfangs beabsichtigt. Nüchternheit und Gelassenheit wäre auch in unruhigen Zeiten ein guter Wegbegleiter, und die schwierigen Fragen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens verlangen wohl eine gewisse Distanz beim Analysieren und Urteilen.

Doch wir wollten ja eine Geschichte der Demokratie (neu) erzählen, gar ein Lied von ihr singen, in das alle einstimmen können. Da mag ein bisschen Leidenschaft verziehen sein. Vermieden werden sollte auf jeden Fall die Diktion eines Oberlehrers, was hoffentlich halbwegs gelungen ist.

Die Einladung und Aufforderung vom Anfang sei hier wiederholt: Tragt bei zu diesen Überlegungen, stellt eigene, bessere an, macht eine nüchterne Analyse zu den Ursachen der demokratischen Krise oder schreibt eine weitere Strophe unseres Liedes. Gleichviel, es gilt die Stimme zu erheben gegen die Verächter der offenen Gesellschaft, gegen die Demagogen mit ihren verführerischen Scheinlösungen und gegen die Haudraufs der Straße, die ihnen folgen.

Januar 2017